



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Festvortrag des Schirmherrn

von

Wolfgang Clement

Dokument aus der

Internetdokumentation Deutscher Präventionstag

www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

(DVS)

Zur Zitation:

Clement, W. (2003): Festvortrag des Schirmherrn zur Eröffnung des 6. Deutschen Präventionstages. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.
http://www.praeventionstag.de/content/6_praev/doku/clement/index_6_clement.html

Rede von Ministerpräsident Wolfgang Clement beim 6. Deutschen Präventionstag am 13. November 2000 in Düsseldorf

Zum vierten Mal ist der Deutsche Präventionstag hier in Nordrhein-Westfalen zu Gast. Sie werden verstehen, dass ich mich darüber sehr freue, denn nach inzwischen sechs Jahren ist der Präventionstag ein bekanntes und anerkanntes Forum mit erheblicher Ausstrahlung geworden.

Drei Tage lang werden Sie hier im Congress Center über die besten Strategien zur Kriminalitätsvorbeugung debattieren. Ich will Ihnen gestehen: Mich hat zunächst überrascht, dann aber auch fasziniert, wie viele Facetten und Zugänge das Thema Prävention hat.

Wie vermeiden wir Kriminalität und Gewalt? das ist eine einfach klingende Frage. Aber eine einfache Antwort lässt sich darauf nicht geben. Ihr Programm bis Mittwoch spiegelt das eindrucksvoll wider.

Außerdem gilt bei uns in Deutschland - anders als bei den Angelsachsen - bekanntlich die Regel: Worüber mit Anstrengung nachgedacht wird, darüber muss auch mit Anstrengung zugehört werden. Deshalb verbinde ich mein Willkommen und meinen Dank für die Einladung zugleich mit der Bitte um etwas Geduld. Präventiv gesprochen: Anstrengungen beim Zuhören werde ich Ihnen nicht ersparen können.

Innere Sicherheit bedeutet Lebensqualität für jeden Einzelnen

Die Sache, um die es Ihnen geht, verdient jedenfalls alle Anstrengung. Sie braucht sie zugleich, um der Komplexität gerecht zu werden, mit der wir es beim Thema Prävention zu tun haben:

- Jugendkriminalität,
- Wirtschaftskriminalität,
- Gewalt im häuslichen Bereich, Gewaltdarstellung in den Medien,
- der Zusammenhang von Migration und innerem Frieden

Das alles sind Themen mit ganz spezifischen Besonderheiten und damit notwendigerweise auch ganz eigenen Ansatzpunkten zur Prävention.

Und doch haben nahezu alle Foren, auf denen Sie diese verschiedenen Aspekte in den Blick nehmen werden, einen gemeinsamen Nenner: Es geht darum, wie wir in unserer Gesellschaft mehr Sicherheit gewährleisten können.

Ein solches Mehr an innerer Sicherheit zu gewährleisten, ist eine Aufgabe von höchstem Rang. Innere Sicherheit bedeutet Lebensqualität für jeden Einzelnen. Sie ist auch für Ansehen und Erfolg unseres Landes ein ganz entscheidender Faktor. Ein hoher Sicherheitsstandard ist in jeder Hinsicht immer auch ein großer Wettbewerbsvorteil.

Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 1999 zeigt uns, dass Deutschland im internationalen Vergleich zu den sichersten Ländern der Welt zählt.

Der Rückgang in der Gesamtzahl der polizeilich erfassten Straftaten und die Verbesserung der Aufklärungsquote auf den höchsten Stand seit 1966 unterstreichen dieses Bild.

Die fünf sichersten deutschen Städte mit über 200.000 Einwohnern liegen in Nordrhein-Westfalen.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist trotz der hohen Bevölkerungsdichte die Kriminalitätshäufigkeit geringer als im Bundesdurchschnitt. Die fünf sichersten deutschen Städte mit über 200.000 Einwohnern (Hagen, Bielefeld, Wuppertal, Gelsenkirchen, Duisburg) liegen in Nordrhein-Westfalen, und zwölf der insgesamt zwanzig sichersten Städte Deutschlands. 1999 konnten wir in Nordrhein-Westfalen fast 75 Prozent der erfassten Fälle von Gewaltkriminalität aufklären. So hoch war die Aufklärungsquote bei uns zuletzt vor 14 Jahren.

Trotz dieser beachtlichen Erfolge besteht aber kein Anlass zur Entwarnung. Das Kriminalitätsniveau ist immer noch hoch und die Schäden, die durch Kriminalität in Gesellschaft und Wirtschaft angerichtet werden, gehen in die Milliarden.

Allein im letzten Jahr verzeichnet die polizeiliche Kriminalstatistik eine Schadenshöhe von insgesamt rd. 21 Milliarden DM. Und hierbei handelt es sich nur um die polizeilich erfassten Delikte. Darüber hinaus gilt: Bei einigen Deliktformen haben sich leider Ausmaß und Zahl der Straftaten noch ausgeweitet. Und auch die Kriminalität von Jugendlichen und von strafunmündigen Kindern ist insbesondere im großstädtischen Milieu erschreckend hoch.

Daher dürfen wir in unseren Anstrengungen auf dem Feld der inneren Sicherheit keinesfalls nachlassen.

Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen

Wir leben in einer sich zunehmend globalisierenden Gesellschaft rascher und tiefgreifender Veränderungen.

Mit dem stetigen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft ändern sich auch die Sicherheitsrisiken, die Tatgelegenheiten für Straftaten und die Art und Weise, wie sie begangen werden.

Deshalb dürfen wir die Hände natürlich nicht in den Schoß legen. Neben einer konsequenten Strafverfolgung müssen wir vor allem die Möglichkeiten der Prävention national wie international weiter ausschöpfen.

Dazu gehört auch, die Chancen der technischen Innovation zu nutzen. Die Einführung der elektronischen Wegfahrsperrung, die zu einem erheblichen Rückgang der Kfz-Diebstähle geführt hat, ist dafür ein erfolgreiches Beispiel.

Das deutsche Sicherheitsniveau kann nur gehalten und weiter verbessert werden, wenn alle Beteiligten kontinuierlich zusammenarbeiten.

Es kann nur gehalten und verbessert werden, wenn wir bei der Bekämpfung von Kriminalität ihre vielfältigen Ursachen berücksichtigen.

Das erfordert in einer modernen Gesellschaft notwendigerweise die Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte.

Kriminalprävention ist deshalb nicht allein Aufgabe des Staates. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann nur in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gelingen.

Die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in der Prävention weiter verbessern. Das heißt zugleich: Um erfolgreich zu sein, müssen wir die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft in der Prävention noch erheblich verbessern.

Prävention erfordert ein hohes Maß an Koordination. Prävention erfordert professionelle Kooperation.

Nordrhein-Westfalen wird darum den Aufbau der bundesweiten Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention unterstützen.

Mit einer solchen Einrichtung haben wir die Chance, die Vielzahl gesamtgesellschaftlicher Präventionsansätze auf der Bundesebene miteinander zu vernetzen.

Das Forum kann zugleich ein wichtiger Adressat werden, um auch im europäischen Kontext gemeinsame Strategien zur Verbrechensverhütung zu entwickeln.

In Nordrhein-Westfalen wollen wir einen Landespräventionsrat einrichten. Er soll die gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Kriminalprävention auf der Landesebene fortentwickeln.

Mit einer Bündelung der Aufgaben auf der Landesebene wollen wir die kriminalpräventiven Gremien vor Ort unterstützen und die Präventionskonzepte landesweit unter übergeordneten Gesichtspunkten koordinieren.

Wir werden für die Einrichtung des Landespräventionsrates zunächst eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einsetzen, die unser Innenministerium leiten wird.

Solche überregionalen Organisationsformen ergänzen und stützen die erfolgreiche Arbeit, die vor Ort geleistet wird: In unserem Land beispielsweise in über 600 kriminalpräventiven Gremien und in 736 Ordnungspartnerschaften, die inzwischen auf kommunaler Ebene gebildet wurden.

In diesen Gremien gibt es eine breite und vielseitige Zusammenarbeit, da arbeiten Polizei und verschiedene Ämter zusammen.

Hinzu kommen die sozialen Dienste, aber auch Schüler, Elternvertreter und engagierte Mitbürgerinnen und -bürger.

Diese Gremien werden der grundlegenden Tatsache gerecht, dass man das Problem der Kriminalität vor Ort anpacken muss, weil hier nicht nur die Gründe ihrer Entstehung, sondern vor allem Ansatzpunkte ihrer Vermeidung liegen.

Prävention vor Ort muss Sache der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sein, weil die notwendige Querschnittsarbeit nur gelingt, wenn sie mit Durchsetzungskraft gefordert und gefördert wird.

Eine Prävention, die auf Patentrezepte setzte, müsste scheitern

Die Ansatzpunkte für Prävention müssen - mit anderen Worten - so vielfältig sein, wie es die Kriminalitätsursachen und die Kriminalitätsformen selbst sind.

Eine Prävention, die auf Patentrezepte setzte, müsste scheitern. Erfolgreiche Prävention muss vielmehr die Kraft haben, die ganze Vielfalt möglicher Ansatzpunkte in den Blick zu nehmen.

Diese Vielfalt reicht von bestehenden Erziehungsdefiziten und zerrütteten Familienverhältnissen, über Integrationsprobleme, Zukunftsängste bis hin zu fehlender Anerkennung.

Der umfassende Ansatz erfordert, beispielsweise auch im Wohnumfeld anzusetzen. Unbeleuchtete Plätze und Straßen, unübersichtliche Parkplätze und Tiefgaragen, menschenwürdige Wohnghettos, begünstigen nicht nur objektiv Gewalt, sondern sie lösen auch das subjektive Gefühl von Bedrohung aus. Solche Angst-Räume können Nährboden für Gewalt und Kriminalität sein.

Das sind sicher nur einige Erklärungsansätze für die Entstehung von Kriminalität, aber es sind zentrale.

Weitere kommen dazu:

Massenmedien und auch das Internet können durch Gewaltdarstellungen dazu beitragen, dass Gewaltanwendung normal erscheint und nachgeahmt wird. Sie haben auf diesem Kongress ein eigenes Forum zu dieser schwierigen Thematik und Sie werden sich auch mit der Frage auseinandersetzen, welche gewaltfördernde Wirkung von manchen Videospiele ausgehen kann.

Polizei, Justiz, Kommunen, Vereine und Verbände, die Wirtschaft, die Schulen, die Medien, gemeinsam müssen sie sich der Komplexität der Ursachen stellen.

Sie müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass unterschiedliche Formen der Kriminalität auch ganz unterschiedliche Präventionsansätze erfordern.

Es liegt auf der Hand, dass die Vermeidung der leider schnell wachsenden Wirtschaftskriminalität ganz andere Strategien erfordert als beispielsweise die Vermeidung von Gewalt am Rande von Sportveranstaltungen.

Wir müssen darum aus dieser Komplexität heraus zu gemeinsamen, in einem Netzwerk integrierten Lösungen und Konzepten kommen.

Prävention muss sich deshalb auch quer durch eine ganze Reihe von Politikfeldern erstrecken, von der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik über die Stadtentwicklungspolitik bis zur Sozial-, Schul-, Kultur-, und Integrationspolitik. Beispiel: NRW-Programm für benachteiligte Stadtteile.

Schärfere Gesetze und strengere Urteile leisten keinen ebenbürtigen Beitrag zur Prävention. Prävention ist die effizienteste und kostengünstigste Methode einer Gesellschaft, sich vor Gewalt und Kriminalität zu schützen.

Schärfere Gesetze und strengere Urteile leisten dagegen nach allem, was die empirische Kriminalitätsforschung weiß, dagegen keinen ebenbürtigen Beitrag zur Prävention.

Für falsch hielte ich darum den Weg, wie er in anderen Staaten gegangen wird: nahezu ausschließlich auf Repression und auf Wegschließen aller Menschen zu setzen, die nur im Mindesten straffällig geworden sind.

(In den USA sitzen rund 2 Millionen Menschen im Gefängnis, in Deutschland rund 75.000, bezogen auf die Bevölkerung sind es in den USA doppelt so viele Menschen)

Das in zynischer Zuspitzung formulierte Motto: Einschließen und den Schlüssel wegwerfen, wie es aus den Vereinigten Staaten zu hören ist, kann ernsthaft keine Alternative zur Präventionsbegriff sein.

Der Ruf nach der schnellen und harten Strafe, so verständlich er oft ist, sollte immer nur die ultima ratio sein.

An den Anfang gehört die Frage, wie wir Verbrechen verhindern können, auch, um dann möglichst gar nicht mehr strafen zu müssen.

Thema Gewalt ist hier und heute von erschreckender Aktualität

Sie haben diesen Kongress unter das Motto gestellt Gewalt - ein Phänomen unserer Gesellschaft!? und ihm ein Ausrufezeichen und ein Fragezeichen angefügt. Damit ist die Antwort auf die Frage eigentlich schon gegeben.

Das Thema Gewalt ist hier und heute von erschreckender Aktualität. Nur wenige Beispiele, die für viele andere stehen, zeigen das:

- die Morde an einer Polizeibeamtin und zwei Polizeibeamten in Dortmund und Waltrop am 14. Juni,
- der Sprengstoffanschlag am 27. Juli auf Emigrantinnen und Emigranten hier in Düsseldorf,
- der Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in der Nacht zum 3. Oktober,
- die wachsende, fremdenfeindlich motivierte Gewalt in ganz Deutschland in den letzten Wochen und Monaten.

Von Juli bis September dieses Jahres sind in Deutschland 291 antisemitische Straftaten gemeldet worden, das sind fast doppelt so viele wie im vorhergehenden Quartal.

Und in den zehn Jahren seit der staatlichen Einheit Deutschlands fielen beinahe hundert Menschen rechter Gewalt zum Opfer, etwa so viele, wie die Nazi-Mörder in der Mord- und Brandnacht vom 9. November 1938 umbrachten.

Im Jahr 2000 ist der Staat - anders als 1938 - nicht der Täter, sondern der Feind der Mörder, und dieser demokratische Rechtsstaat darf es nach meiner Überzeugung nicht zulassen, dass Parteien und Organisationen unbehelligt bleiben, die offen zu erkennen geben, dass sie keinerlei Berührungspunkte mit dem System des Dritten Reichs haben. (Zitat aus einer NPD-Publikation aus Sachsen).

In der vergangenen Woche haben Bundesregierung und Bundesrat entschieden, in Karlsruhe den Antrag auf das Verbot der NPD zu stellen.

Das ist das bekanntlich schärfste Schwert, das unser Grundgesetz gegen die Bedrohung der demokratischen und freiheitlichen Verfassungsordnung kennt.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben die Hürden dafür hoch gesetzt. Das ist richtig so. Denn eine liberale und demokratische Verfassungsordnung lebt vom Streit unterschiedlicher politischer Richtungen.

Allerdings wissen wir aus unserer Geschichte auch: Eine Demokratie ist nur dann überlebensfähig, wenn sie sich aktiv gegen die Feinde der demokratischen Grundordnung zur Wehr setzt.

Das gilt für den demokratischen Staat und seine Institution, das gilt auch für seine Bürgerinnen und Bürger.

'Die Gewalt lebt davon, dass sie von anständigen Leuten nicht für möglich gehalten wird.'
Jean Paul Sartre hat einmal gesagt: Die Gewalt lebt davon, dass sie von anständigen Leuten nicht für möglich gehalten wird.

In den vergangenen Tagen und Wochen haben diese anständigen Leute in Deutschland unübersehbare Zeichen gesetzt gegen fremdenfeindliche Gewalt, gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Hunderttausende von Menschen sind auf die Straße gegangen und haben damit klar gemacht: Wir wollen keinen Spielraum mehr für Aktionen rechtsextremistischer Gruppen lassen. Wir lassen es nicht länger zu, dass in unserem Land Menschenwürde, Recht und Anstand bedroht und verletzt werden.

Dieser beeindruckend breite Bürgerprotest bestärkt mich in der Überzeugung, dass der Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht notwendig und richtig ist.

Denn konsequentes staatliches Handeln ist auch und nicht zuletzt eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik.

Oft genug appellieren Politikerinnen und Politiker ja an die Zivilcourage jeder und jedes Einzelnen.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Politik da handelt, wo sie dazu in der Lage ist.

Wir müssen dort eine klare Grenze ziehen, wo es um die Grundlagen unserer demokratischen Verfassungsordnung geht. Wer diese Grenze überschreitet, muss mit Konsequenzen rechnen, und das gilt nicht nur für die NPD.

Allerdings: Das NPD-Verbot ist kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Völkisches Denken, Antisemitismus, Fremdenhass und rechtsextreme Gewalt sind ein gesellschaftliches Problem, das nicht einfach verschwindet, wenn die NPD für verfassungswidrig erklärt wird.

Das stimmt. Aber das darf uns nicht daran hindern, rechtsextremen Verfassungsfeindenden von ihnen beanspruchten legalen öffentlichen Raum zu nehmen.

In einem Land, das die Verantwortung für Auschwitz trägt, dürfen wir organisierten Antisemitismus nicht dulden. Das sind wir den Opfern des Holocaust schuldig. Das sind wir auch den Bürgerinnen und Bürgern jüdischen Glaubens schuldig, die bei uns leben.

NPD-Verbot und Maßnahmen zur Gewaltprävention sind kein Gegensatz.
Der Antrag auf ein NPD-Verbot und Maßnahmen zur Gewaltprävention sind kein Gegensatz.
Man muss das eine tun und darf das andere nicht lassen.

Nicht jede Form von Gewalt ist mit rechtsextremen politischen Orientierungen verbunden.
Wir beobachten in vielen Bereichen unserer Gesellschaft wachsende Gewaltbereitschaft: Das zeigt sich auf offener Straße und reicht bis in die Fußballstadien.

Aber Rechtsextremismus und Neonazismus gewinnen an Bedeutung, weil sie im Bewusstsein der jugendlichen Täter Gewalt zur Regelung sozialer Konflikte als sinnvoll erscheinen lassen und gleichsam politisch begründen.

Sie gewinnen an Attraktivität, weil sie für die immer komplexeren und immer schwieriger zu durchschauenden Probleme moderner Industriegesellschaften angeblich einfache Lösungen anbieten.

Die Enquête-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat hat bereits 1983 auf diese Zusammenhänge hingewiesen:

Eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen, darunter auch viele Kinder von Ausländern, erhält heute in unserer Gesellschaft kaum eine Chance, überzeugende Zukunftsaussichten zu entwickeln. Auf Dauer kann dies zur Herausbildung eines zahlenmäßig bedeutsamen jugendlichen Subproletariats führen, das, da es nichts zu verlieren und auf normalen Wegen auch nichts zu gewinnen hat, zum Nährboden für Gewalt und Kriminalität und zum Sammelbecken links- und rechtsextremistischer Gruppen wird.

Es ist schon bestürzend, dass diese Hinweise von 1983 auch heute noch so aktuell sind.
Wir dürfen uns daher nicht nur um die Probleme kümmern, die junge Menschen machen, wir müssen uns auch um die Probleme kümmern, die sie haben

Es gibt sicher nicht nur einen Typus des Gewalttäters. Vieles spricht aber dafür, dass Gewaltbereitschaft, Ausländerhass und Anfälligkeit für Rechtsextremismus besonders deutlich ausgeprägt sind bei jenen Jugendlichen, deren berufliche und soziale Chancen eingeschränkt und schlechter sind, als sie nach ihrem Empfinden sein könnten.

Wir dürfen uns daher nicht nur um die Probleme kümmern, die junge Menschen machen, sondern wir müssen uns auch um die Probleme kümmern, die sie haben.

Das gilt insbesondere für Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Die Forderung, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit zu einer qualifizierten Ausbildung und die Chance auf einen Arbeitsplatz haben, geht deshalb weit über unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hinaus.

Junge Menschen haben einen Anspruch auf eine Lebensperspektive, und es muss das vitale Interesse unserer Gesellschaft sein, diesen Anspruch einzulösen.

Denn Zukunftsängste begünstigen die Suche nach Sündenböcken und sind Nährboden für Aggressivität und Gewalt.

Soziale Entspannungspolitik

Daher ist eine Politik erforderlich, die dazu beiträgt, soziale Lebenszusammenhänge zu stiften und nicht zu zerstören. Es geht in erster Linie um eine soziale Entspannungspolitik,

- die für junge Menschen auch unter den Bedingungen notwendiger wirtschaftlicher Konkurrenz Gegenerfahrungen von Solidarität und Solidarisierung bereit hält,
- die für Jugendliche Sinnpotentiale zur Entwicklung tragfähiger Zukunftsperspektiven erkennbar werden lässt,
- und die zum Ziel hat, soziale Netze zu knüpfen, in denen Jugendliche stabile demokratische Orientierungen gewinnen können.

Grundlage bleibt aber der Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit und die Ächtung jeglicher Gewalt.

Auch junge Menschen müssen wissen: Hier liegt eine Grenze, die niemand überschreiten darf. Protagonisten der Gewaltszene setzen dem Konsens ziviler Grundregeln in unserer Gesellschaft einen zunehmenden Fremdenhass entgegen.

Da reicht es nicht, sie immer noch als nur Irregeleitete anzusehen, die sich einen falschen Reim auf vermeintlich schlechte Verhältnisse machen:

Auf den Fall der Mauer, auf den Stress der Wiedervereinigung, auf fehlende Lehrstellen und drohende Arbeitslosigkeit.

Kriminelle zur Rechenschaft ziehen

Es ist hoch an der Zeit, diejenigen, die Gewalt und Hass predigen und danach handeln, als verantwortliche Subjekte ihrer Worte und Taten und damit als erklärte Gegner der offenen, demokratischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen und sie als das zu bezeichnen, was sie sind: Kriminelle, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Das gilt auch für Organisationen und politische Parteien, die wie die NPD in der Sprache der Nazimörder Aufrufe zum Rassenhass verbreiten.

Ich zitiere aus zwei Publikationen des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen vom Oktober 1989 und vom März 2000: Die deutsche Regierung, samt Opposition, verhalten sich wie Marionetten einer jüdisch-amerikanischen Protektorsregierung über Deutschland! Rassenvermischung ist gegen die Natur und Völkermord! Diese Sprache erreicht ihr Ziel. Ganz im Sinne dieser Begriffe werden Ausländer angegriffen, angepöbelt, verletzt, ermordet.

Seit 1990 fast einhundert Tote, überwiegend Ausländer, auf unseren Straßen: Wir dürfen dem organisierten Rassenhass keinerlei Spielraum mehr geben.

Deshalb: NPD-Verbot. Deshalb müssten auch andere Parteien und Organisationen - DVU, Republikaner - verboten werden, wenn ihnen vergleichbare Aktivitäten wie der NPD nachgewiesen werden können.

Es muss klar sein: Stillschweigende Duldung darf es für so etwas nicht geben. Toleranz bedeutet nicht Beliebigkeit. Wenn es um Menschenrechte geht, gibt es bei uns keine Narrenfreiheit.

Grundverständigung über die Präsenz wertgestaltender Kräfte

Das anything goes darf nicht zum Leitmotiv unserer Gesellschaft werden. Wir müssen uns fragen: Welche Verbindlichkeiten braucht eine moderne Gesellschaft in Zeiten wachsender Unverbindlichkeit?

Das ist eine Frage, die auch für das Thema Prävention von erheblicher Bedeutung ist. Denn Prävention kann nur in einer Gesellschaft erfolgreich sein, in der es eine Grundverständigung über die Präsenz wertgestaltender Kräfte gibt.

Was die Wertemuster betrifft, die unser Leben gestalten, ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel in Fluss geraten.

Die Rangfolge von sozialen Normen, von Werthaltungen und Verhaltensweisen hat sich verschoben.

Zunehmende Individualisierung, Pluralisierung der Lebensformen, Erosion traditioneller Milieus und zunehmende soziale Desintegration: Das sind nur einige Stichworte, die den rasanten gesellschaftlichen Wandel deutlich machen.

Diese Entwicklung eröffnet dem Einzelnen größere Handlungsmöglichkeiten; gleichzeitig löst sie ihn aus festen sozialen Bezügen, die auch Halt gegeben haben.

Nachlassende Bindungen an die Familie, an die Nachbarschaft, an Vereine und große gesellschaftliche Institutionen wie die Kirchen, Verbände oder Parteien haben die Anforderungen an den Einzelnen, mit seinen Problemen fertig zu werden und Risiken zu bewältigen, enorm erhöht.

Wir brauchen dringend eine Diskussion über den Kernbestand jener Grundwerte. Deshalb brauchen wir heute dringender denn je eine Diskussion über den Kernbestand jener Grundwerte, die das Zusammenleben in unserer Gesellschaft prägen,

die uns als verbindliche normative Richtmarken eine verlässliche Wertorientierung geben und die unmittelbar mit der Würde des Menschen verbunden sind - unteilbar, unabdingbar verbunden sind.

Nach unserem Grundgesetz gehört Freiheit dazu, aber auch Gerechtigkeit und Gemeinwohl und Solidarität in ihren ganz unterschiedlichen Ausprägungen. Diese Grundwerte sind nicht neu. Aber sie müssen auch in Zukunft - davon bin ich überzeugt - der Kitt sein, der unsere Gesellschaft beisammen hält.

Unser Staat kann zwar Grundrechte sichern, aber keine Grundwerte prägen. Und unsere Verfassung lebt von Voraussetzungen, die sie weder schaffen noch garantieren kann. Ernst Wolfgang Böckenförde hat darauf zu Recht hingewiesen.

Diese Grundwerte sind historisch geprägt. Sie sind geronnene Erfahrungen. Sie beruhen auf 2000 Jahren abendländisch-europäischer Tradition, und sie sind nicht zuletzt beeinflusst durch zweihundert Jahre Aufklärung und bürgerlich-liberales, später demokratisches Denken.

Dieses Denken ist den meisten Europäern heute zum Glück in Fleisch und Blut übergegangen. Aber selbst dieser unverzichtbare Kernbestand unserer Werte muss für die heutige Zeit neu justiert werden.

Wie definiert man Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität im Zeitalter des digitalen Kapitalismus? Wie Frieden und Freiheit angesichts dessen, was wir auf dem Balkan als die Verteidigung der Menschenrechte mit militärischen Mitteln erleben?

Und schließlich stellt uns die sogenannte biomedizinische Revolution vor ganz neue Fragen, die an die Substanz menschlicher Existenz gehen: Dürfen wir die Grenzen zwischen Geschöpf und Schöpfer überschreiten? Müssen wir nicht vielmehr vehement für das Recht kämpfen, geboren und nicht gemacht zu werden? Dürfen wir angesichts dessen alles, was wir können, auch tun?

Darüber müssen wir uns verständigen. Über die zeitgemäße Auslegung von Würde, Freiheit und Gerechtigkeit, brauchen wir einen prinzipiellen Konsens, jenseits aller politischen Auseinandersetzungen und auch jenseits des pragmatischen Interessenausgleichs.

Wir brauchen diesen Konsens, um zu wissen,

- was uns über alles Trennende hinaus verbindet, was wir gemeinsam haben,
- was uns als Deutsche zusammenhält,
- was uns als Europäer vielleicht noch näher zusammen bringt - auf Grund gemeinsamer Geschichte und Tradition, aus denen ein gemeinsamer Werthorizont gewachsen ist.

Alle sind gefordert

Und wir brauchen die Verständigung über unsere Grundwerte, um klarer erkennen zu können, wie und wo wir uns - als Lerngesellschaft, nicht als Leitkultur - öffnen müssen für andere Kulturen und ihren Reichtum, und wo wir Veränderungen nicht zugänglich sind.

Wir brauchen die Verständigung über unsere Grundwerte schließlich auch, damit die Ächtung der Gewalt außerhalb jeden Zweifels steht.

Darum sind wir alle gefordert:

In den Elternhäusern zunächst, in denen Kindern von klein auf deutlich gemacht werden muss, dass Gewalt kein Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele sein darf.

In den Schulen, indem sie noch wirksamere Konzepte entwickeln, sich dem Phänomen Gewalt erstens zu stellen und sich ihm zweitens entgegenzustellen.

In den Medien und in der Öffentlichkeit, die der Versuchung widerstehen müssen, der Faszination zu erliegen, die Gewalt offensichtlich haben kann.

Verständigung über Grundwerte muss das Werk der Bürgerinnen und Bürger sein. Das sind sehr allgemeine Überlegungen. Sie können im Sinne von Anregungen auch nur den Rahmen setzen für eine Wertediskussion, die gerade eine Gesellschaft braucht, die von Wandel und Bewegung so sehr geprägt ist wie keine vor ihr. Klar sein muss allerdings: In der

offenen Gesellschaft muss die Verständigung über Grundwerte, die ihr sozial und moralisch Halt und Orientierung geben, das Werk der Bürgerinnen und Bürger sein - jeder andere Weg würde die Freiheit jedenfalls nicht festigen, sondern eher gefährden.

Ich wünsche Ihnen drei erfolgreiche Kongresstage und eröffne den 6. Deutschen Präventionstag.